

Wolfgang Gedeon

Anmerkungen zu R. Geigers "Politischen Festlegungen der AfD"

(Anhang II der Rund-Mail vom 18.4.2015)

Mutmaßlich in Absprache mit Mitgliedern des Bundesvorstands hat Ronald Geiger Thesen vorgelegt, die er zur Basis einer Mitgliederbefragung machen will.

"Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft und unserem Wirtschaftssystem ab." Geiger greift hier eine Forderung von Lucke auf, mit der Kritik im Hinblick auf ihre Grundsätzlichkeit eingeschränkt werden soll. Ist eine Kritik schon zu grundsätzlich oder ist sie es noch nicht? Wer entscheidet, ob eine Kritik schon zu grundsätzlich ist oder noch nicht? Der Bundesvorstand? Schiedsgerichte? Denkverbote, Kritikeinschränkung, Angst vor Grundsätzlichkeit: Wie soll auf solchem Nährboden eine innovative Diskussions- und Ideenkultur entstehen?

Dann ein „Bekenntnis zu sachorientierter Politik“: Geiger sagt, er lehne *political correctness* ab. Dies dürfe aber nicht zu "pöbelhaftem Benehmen" führen. Ist das denn ein Problem in der AfD? Er unterstellt es offensichtlich dem innerparteilichen Gegner, gegen den sich seine Thesen richten. Ganz schön dreist und von wegen „Anstand und Respekt“, den er in seinem Papier bei Kritik so ausdrücklich einfordert!

Im Weiteren die Forderung nach einem Kontaktverbot zu rechtsdemokratischen Parteien wie dem *Front National*: In dieser rigorosen Pauschalierung nicht nur taktisch unklug, sondern auch politisch falsch, zumal diese Parteien immer größere Anteile der Bevölkerung in unseren Nachbarländern repräsentieren! Keinerlei Abgrenzung Geigers dagegen gegenüber linksradikalen Kräften: nicht von den Grünen mit ihren wahnwitzigen Gender-Vorstellungen, nicht von der PDS-Linken, die sich immer noch nicht im Klaren darüber ist, ob die DDR ein „Unrechtsstaat“ war. Also Rechts ganz schlimm und Links ganz normal - kommt einem irgendwie bekannt vor. Aber brauchen wir im entschlossenen Kampf der Berliner Parteien gegen Rechts wirklich auch noch die AfD als fünftes Rad am Wagen?

Der Kernpunkt des Geigerschen Papiers: NATO- und EU-Mitgliedschaft wie die Westbindung Deutschlands überhaupt dürften nicht infrage gestellt werden, welche Souveränitätseinschränkungen damit auch immer verbunden sein sollten. Hier wird Politik zum pseudoreligiösen Dogma - eine Denkweise, die politische Paradigmenwechsel nicht einmal andenken kann, eine gefährliche, eine reaktionäre Denkweise!

Natürlich ist Geiger auch gegen "Asylmissbrauch", aber wer ist denn da eigentlich dafür? Litaneiert sein Bekenntnis zur Notwendigkeit der Zuwanderung. Wie viel wir davon brauchen und ob jetzt nicht auch ein Zuwanderungsstopp notwendig sein könnte – solche Fragen will er nicht aufkommen lassen.

Schließlich die strenge Forderung, auch die Moslems müssten sich ans Grundgesetz halten und die rigorose Ablehnung des islamistischen Terrorismus – Donnerwetter! Der *politische* Islamismus freilich wird nicht thematisiert. Wenn Erdogan Europa „türkisieren“ und „islamisieren“ will und sich mit der DITIB bei uns einen Staat im Staate aufbaut – uns interessiert das nicht. Wir sind für Religionsfreiheit!

Was hier vorgetragen wird, ist nicht Politik. Wohlwollend betrachtet sind es naive Gedankenspiele, kritisch gesehen ist das freilich hochgradig schädlich, weil dadurch gezielt wirklich oppositionelle Politik verhindert werden soll.